

Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 20 mm breite Zeile kostet 0,33 R.-M. für einen Tag. Die Restzahlung im Anschluß an den nächsten Tag 19 mm breit kostet 2 R.-M. für einen Tag. Die Restzahlung für Druckanzeigen beträgt 0,30 R.-M. - Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch 2,00 R.-M. pro Monat. Bei Hauszustellung 2,20 R.-M. pro Monat. Einzelnummer 10 R.-M. außerhalb Groß-Dresdens 15 R.-M.

Redaktion, Verlag und Geschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstr. 1 + Fernruf: für den Ortsverkehr Sammelnummer 24601, für den Fernverkehr 14194, 20024, 27951-27953 • Telegr.: Neueste Dresden • Postfach: Dresden 2060
Nichtberührende Einblendungen ohne Rücksicht werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt. - Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik haben unsere Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr 216 40. Jahrgang

Mit der Beilage „Technische Umschau“

Freitag, 16. September 1932

Regierung erscheint nicht vor dem „Untersuchungsausschuß“

Anerkennung der Mandchurei durch Japan heute vollzogen - Schwere Eisenbahnkatastrophe in Algier - Wertegener Raubüberfall in Berlin

Der neue Vorstoß des Ueberwachungsausschusses Frankreichs Propaganda an der Arbeit

Umwandlung in einen „Untersuchungsausschuß“

Telegramm unseres Korrespondenten

B. Berlin, 15. September. (Eig. Drahtbericht)

Der endlose Briefwechsel zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichstagspräsidenten hat nunmehr sein vorläufiges Ende gefunden. Staatssekretär Dr. Meißner hat im Auftrag des Reichspräsidenten (wir berichteten bereits im größten Teil der gestrigen Ausgabe darüber) an den Reichstagspräsidenten Goering ein Schreiben gerichtet, in dem der Reichspräsident mitteilen läßt,

„daß die nach Uebergabe der Kabinettsprotokolle im Reichstag gehaltenen Beschlüsse verfassungswidrig und damit gegenstandslos sind“.

Der Ueberwachungsausschuß hat sich mit dieser Willküräußerung des Reichspräsidenten nicht befreunden, sondern den Konflikt weiter getrieben. Goering beharrt auf der Auffassung, daß die staatsrechtliche Wirkung des Nichtzustandekommens trotz der auch von ihm nicht mehr bestrittenen Kückbildung des Reichstags fortbesteht. Das Zentrum hat vergebens versucht, ihn von diesem Standpunkt abzubringen. Es ist dann zur Annahme eines Antrags gekommen, in dem beschlossen wird, eine Untersuchung über die Vorgänge am Montag zu eröffnen und - das ist wohl der eigentliche Zweck der Uebung -

Reichstagskanzler und Reichsinnenminister auf die Schranken zu zwingen.

Der Antrag ging ursprünglich vom Zentrum aus, daß sich aber im Verlauf der Sitzung über die bedeutungsvollen Folgen eines solchen Beschlusses klar geworden ist, so ist heute und ist daher wieder zurückgezogen. Daraufhin oder gar nicht Nationalsozialisten und Kommunisten den Antrag auf und verließen ihn zur Annahme. Zum nicht geringen Entsetzen der übrigen Parteienvertreter, die dieser Kampf gegen die Reichsregierung schließlich auch mit Beauftragung erfüllt. Denn daß der nun automatisch zur Untersuchungskommission umgewandelte Ueberwachungsausschuß hierbei nur den kürzeren sieben kann; muß sich ebenfalls selbst ein Beispiel an parlamentarischen Vorfällen zeigen. Freude an allem haben nur die Kommunisten. Der Beschluß des Ausschusses, der dem Reichstagskanzler die verschiedenen Gelegenheiten öffentlich erköhnen Vorwurf, der Reichstagspräsident habe bewußt verfassungswidrig gehandelt, als er dem Reichspräsidenten mitteilte, werden wird.

Wichtig auf die Haltung der Regierung Teiligkeit Einfluß haben.

Der Kanzler und mit ihm das Kabinett sind nach wie vor der Ansicht, daß die Meinungsverschiedenheiten nicht beilegt sind, sie auch vor einem Untersuchungsausschuß nicht erscheinen werden. Auf die Frage, was denn der Ausschuh in diesem Fall, mit dem er eigentlich rechnen mußte, zu tun gedenkt, ist er die Antwort schuldig geblieben. Der Vorstoß der Nationalsozialisten und Kommunisten wird auch schon deswegen ergebnislos bleiben, weil vermutlich die Parteien, die an der Annahme des Antrags auf Eröffnung eines Untersuchungsausschusses nicht beteiligt sind, den Zugewinn fernschicken werden.

Die Verhandlungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten in Preußen

Sind zwar nach der Reichstagsauflösung fortgesetzt worden, aber die Chancen einer Verständigung über die Wahl des Ministerpräsidenten werden in den Kreisen der Reichsregierung nicht allzu hoch eingeschätzt. Mit einer baldigen Entscheidung ist offenbar nicht zu rechnen. Es heißt, daß im Zentrum, das doch neuerdings harte Bedenken gegen, nun auch in Preußen die Dinge auf die Spitze zu treiben. Unter diesen Umständen ist nicht ausgeschlossen, daß die für den 21. September anberaumte Sitzung des Landtags um einhundert Zeit hinausgeschoben wird. Auch will man das Ergebnis der Klage Braun-Severing vor dem Staatsgerichtshof wegen gewalttätiger Entfernung aus dem Amt abwarten.

Die Regierung bleibt fest

* Berlin, 15. September

Wie wir zu dem Beschluß des Ausschusses zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung erfahren, erkennt die Reichsregierung nicht das Recht des Ausschusses an, sich als Untersuchungsausschuß zu konstituieren. Solange Reichstagspräsident Goering seinen Standpunkt nicht geändert und damit die bekannte Voraussetzung für die Reichsregierung nicht geschaffen hat, wird sie auch bei Rückbildung nicht vor dem Ausschuh erscheinen. Damit vertritt die Reichsregierung nur weiter den Standpunkt, den sie diesem und dem Kundwärtigen Ausschuh gegenüber eingenommen hat.

Kanzler in der letzten Reichstagsitzung des Wort nicht gegeben habe.

Die Beleidigung wird insbesondere darin erblickt, daß der Reichstagskanzler in einem Schreiben an den Reichstagspräsidenten vom 12. September betonte, die Wortverletzung sei ein schwerer Verstoß gegen die Verfassung, weiter dar, daß der Kanzler in seiner Mundfunkansprache am Montag vor breiterer deutscher Öffentlichkeit dem Vorwurf bewußt verfassungswidriger Haltung gemacht habe und endlich darin, daß v. Papen in der amtlichen Erklärung der Reichsregierung vom 13. September dem Herrn Goering öffentlich den Vorwurf des Mißbrauchs der Reichsverfassung zum Nachteil der Reichsregierung gemacht habe.

geht seiner geographischen Lage und der militärischen und wirtschaftlichen Kräfte der anderen Länder. Die Sozialdemokratie hatte deshalb die wehrpolitische Aktion der Reichsregierung für verfehlt. Diese Aktion birgt die Gefahr in sich, daß sie

den andern den Vorwand zu einem ulerlosen Wehrstreifen gebe,

das am meisten die Sicherheit Deutschlands gefährden und die Wälder in eine Raubzoothe führen mühe. Jeder Schritt im Sinne der deutschen Rüstungsnote könne die Folge haben, Deutschland in die politische Isolierung zu führen, die Welt gegen Deutschland auszusammenschließen und das Verfall der Diktatur zu verewigen. Daß die Reichsregierung in der größten wirtschaftlichen Krise und sozialen Verelendung mit kostspieligen Rüstungsplänen hervortrete, fordere den entschiedensten Widerstand heraus. Wärschen von dieser grundsätzlichen Ablehnung, widerspreche die Fraktion den Plänen der Regierung auch schon deshalb, weil sie unter Aufsicht des Parlamentes und der öffentlichen Kritik durchgeführt werden sollen.

eh. Paris, 15. September

Die Pariser Diplomatie prüft die Aufnahme der französischen Antwortnote in London und in Rom. Von Berlin wird berichtet, daß die deutsche Öffentlichkeit fast nur mehr mit den „hostilen Ereignissen“ im Reich beschäftigt und dem außenpolitischen Geschehen kein besonderes Interesse entgegenbringe. Dieser „psychologische Faktor“ spielt in den Erwägungen, die man hier über den weiteren Gang der Verhandlungen anstellt, eine nicht zu unterschätzende Rolle. Es wird sich ja bald zeigen, ob diese hier herrschende Auffassung richtig ist und ob die Öffnung der führenden französischen Presse, Deutschland werde insolge seiner innenpolitischen Verwirrung „wieder einmal umfallen“, Berechtigung besitz. Sicher ist, daß man von hier aus alle Symptome eines „Umfalls“ im Reich scharf beobachtet.

Ueber die Haltung der maßgebenden Londoner Kreise ist man hier anscheinend gut unterrichtet. Es wird erklärt, daß sich das britische Außenministerium nicht in die deutschen Verhandlungen einmischen will. Da jedoch der französische Botschafter in London die Mitteilung gemacht habe, Frankreich könne anstandslos der „Aufschiebung der öffentlichen Meinung Deutschlands im Welt der Neuwege“ weitere Abstützungsmöglichkeiten nicht treffen, so befindet sich die Londoner Regierung in einer schwierigen Situation. Zu dieser Information aus zuverlässiger Quelle kommen noch Londoner Meldungen. Sie besagen, daß die englische Regierung vorläufig nicht in der Lage sei, zu der deutschen Forderung und der französischen Antwort Stellung zu nehmen. Die angekommenen wird, verläßt man in London zunächst auf eine Einie mit Washington zu gelangen, ehe man mit Paris in Verhandlungen eintritt.

Als sehr schwerig und gefährlich“ beurteilt man die Haltung Italiens. Der „Tempo“ greift trotzdem Italien mit den weitesten Samthandbüschen an. Er legt die italienische Auffassung in einer aus Rom datierten Meldung dar, daß Italien die zwei Forderungen auf einen Schlag haben will, nämlich die Flotten-gleichheit mit Frankreich und die Verhinderung der deutschen Wiederaufrüstung“. Wollt man bei allen Sukkummanderklärungen im Innern tief besorgt über

die deutschen Pläne und suchte sie zu „hinterziehen“. Der „Tempo“ sucht dann darzulegen, daß Deutschland auch für Italien eine große Gefahr sei. Das Beitreten der Pariser Presse ist auf eine Art friedfertiger und sozialer Aussprache mit der italienischen Öffentlichkeit gerichtet. Die beiden Redern legen sich in Bezug auf Italien über das „wahre Deutschland“ aufzuklären, das - so schreibt man jetzt hier - einen „moralischen Angriff“ auf die friedlichen Völker ausgeführt habe.

In Deutschland sollte man diese drei sich entfaltende Propaganda, die mit den Schlagworten „Kampf gegen einen Rüstungsweilant“, „Schuh vor dem Feind friedlicher Aufbauarbeit“ betrieben wird, nicht unterschätzen.

Die Tatsache, daß England an einer Vorkonferenz wichtiger Rüstungsfragen in das gegenwärtige Verhandlungsstadium schickte, dürfte anzeigen, daß man sich in England wahrscheinlich damit abgefunden hat, daß Deutschland an der Sitzung des Baros der Rüstungskonferenz, die in der nächsten Woche in Genf stattfinden soll, nicht teilnimmt. Wie erinnert, wurde der Versuch gemacht, diese Sitzung des Baros vorläufig aufzuschieben. Frankreich hat diesen Vorschlag aber abgelehnt, da es darin ein Zurückweichen vor Deutschland erblicken zu müssen glaubt.

Die verschiedenen Berichte aus London zeigen, scheint die englische Regierung die Absicht zu haben, während der Sitzung des Rüstungsbaros in einer persönlichen Aussprache mit dem deutschen Delegierten das Terrain weiter zu sondieren und von dem Ergebnis dieser persönlichen Aussprache Art und Ziel der englischen Vermittlungsaktion abhängig machen zu wollen. Ob diese Information den Tatsachen entspricht, läßt sich zur Stunde nicht sagen. Einige englische Blätter glauben in verschiedenen Meinungen Pariser Zeitungen die ersten vorläufigen französischen Taktversuche zu einer Änderung des bisherigen harten französischen Standpunktes in der Rüstungsfrage zu erkennen. Soweit sie mit dieser Auffassung recht haben, werden ja schon die nächsten Tage zeigen.

Die Verfassung kennt keine Parteien

* Berlin, 15. September

Reichstagspräsident Goering verweist sich in seinem zweiten Brief an den Herrn Reichspräsidenten vom 13. September dagegen, daß die Reichsregierung die Parteien nicht als vollständige Repräsentanten des deutschen Volkes anerkenne. Er behauptet, daß die Organisation des politischen Lebens verfassungsgemäß vornehmlich ihren Ausdruck findet und daß die politische Willensbildung der Nation sich verfassungsmäßig nur durch Parteien dokumentieren könne. Eine Reichsregierung, die die politischen Parteien ausschalte oder vernichte, handle „gegen Geist und Sinn der deutschen Reichsverfassung“. In informierten Kreisen stellt man demgegenüber fest, daß diese Behauptung in Frage und Widerspruch zu Wort und Sinn der Reichsverfassung steht.

Die Verfassung kennt nicht nur keine Parteien, sondern verurteilt sogar im Artikel 100 ihren Einfluß auf die Staatsgeschäfte.

(„Die Weantem sind Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei.“) Vor allem aber bestimmt Artikel 21, daß die Abgeordneten Vertreter des ganzen Volkes, nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge nicht gebunden sind“. Abgeordnete, die diesem Grundgesetz nicht entsprechen, sondern sich den Befehlen verfassungsmäßig nicht verantwortlicher Parteiführer unterstellen, sind also nicht Vertreter des ganzen Volkes und handeln gegen die Verfassung.

Parteien oder Koalitionen, die sich als selbständige Gesellschaften zwischen Regierung und Volk einschalten, sind verfassungswidrig.

Ein Reichstag, der in fest organisierte Parteien aufgespalten ist, kann daher nicht den Anspruch erheben, legitimer und einheitlicher Repräsentant des Volkes.

willend im Sinne der Verfassung zu sein. Er vermag nur, der Regierung gegenüber den verschiedenen einander bekämpfenden Willensrichtungen im Volke Ausdruck zu geben.

Verfassungsmäßiger Vertreter des ganzen Volkes ist jedoch der Reichspräsident,

der sich überdies durch seinen besonderen Verfassungsauftrag zum Dienste an der Gesamtheit des Volkes ausdrücklich verpflichtet hat, während die Unverantwortlichkeit der parteigebundenen Abgeordneten schon darin in Erscheinung tritt, daß diese keinen beratigen Eid leisten.

„Die Lage zu ernst für Parteipolitik“

Telegramm unseres Korrespondenten

RF. London, 15. September

Der Premierminister Macdonald veröffentlicht in seiner Zeitschrift „New Leader“ einen längeren Artikel über das erste Amtsjahr der nationalen Koalitionsregierung. Macdonald erklärt, daß die Lage Englands noch immer sehr ernst sei, um die Parteipolitik wieder ungescheut aufleben zu lassen. (Diese Worte des englischen Sozialistenführers sollten eine Warnung auch für Deutschland sein. D. Red.) Besonders beunruhigend sei der Rückgang des englischen Volkseinkommens, der alle Gedanken und Taten der Regierung beherrschen müsse. Macdonald wendet sich gegen die Annahme, daß in der Stimmung der Wählerhaft ein Rückgang eingetreten ist. Die Erfolge der Opposition in den Kommunalen seien darauf zurückzuführen, daß die Bevölkerung die Regierungsgeschäfte in seltenen Stunden wisse und deshalb eine gewisse Störung der Opposition für ungefährlich halte.

Zivilklage Goerings gegen Papen

VDZ. Berlin, 15. September. (Durch Funkspruch)

Im Laufe des heutigen Tages wird, wie wir erfahren, der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Reichsanwalt Dr. Frank II (München) im Auftrag des Reichstagspräsidenten Goering gegen den Reichstagskanzler v. Papen Strafantrag stellen und Zivilklage erheben wegen des vom Reichstagskanzler bei verschiedenen Gelegenheiten öffentlich erhobenen Vorwurfs, der Reichstagspräsident habe bewußt verfassungswidrig gehandelt, als er dem Reichspräsidenten mitteilte, werden wird.

Sozialdemokraten und Wehrfrage

VDZ. Berlin, 15. September

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beendete am Mittwoch ihre Aussprache über die politische Lage und nahm zu der Aktion der Reichsregierung in der Wehrfrage einstimmig eine Erklärung an, in der es heißt, daß die Sozialdemokratie für Deutschland

keine die volle Wehrverpflichtung auf dem Boden der allgemeinen Wehrpflicht fordert

habe. Die Sozialdemokratie protestiere gegen die Politik der kapitalistischen Regierungen, die immer wieder einen entscheidenden Fortschritt in der Wehrfrage verhinderten. Die Reichsregierung habe nun den Zeitpunkt für gekommen, für Deutschland die Freiheit zur Aufrechterhaltung seiner Wehrmacht zu beanspruchen. Die Sicherheit der Völker könne aber mit den Mitteln der militärischen Rüstung nicht erreicht werden. Insbesondere gelte dies für Deutschland an-